

alles Gute und weiterhin viel Erfolg. Bleiben Sie gesund!

Jetzt rufe ich Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN "Bayern versagt beim Klimaschutz"

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner, wie Sie wissen, grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion kann die Redezeit auf zehn Minuten verlängert werden. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen. - Wir können loslegen. Erster Redner für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist Herr Kollege Ludwig Hartmann. – Herr Kollege Hartmann, bitte schön.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! In den vergangenen Tagen gab es einen weniger erfreulichen Höhepunkt: Die CO₂-Konzentration in der Erdatmosphäre hat den symbolischen Wert von 400 ppm überschritten. Noch vor zehn Jahren sind viele Klimaforscher davon ausgegangen, dass dieser Wert noch lange nicht erreicht würde. Schon jetzt haben wir ihn erreicht.

Wir alle wissen um die historische Verantwortung der Industrienationen beim Klimawandel und bei den Maßnahmen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Umso schlimmer ist die gegenwärtige Unfähigkeit und Untätigkeit der Politik beim Klimaschutz. Wenn wir uns Bayern anschauen, ist festzustellen: In Bayern gibt es keine Klimaschutzpolitik. Wenn wir uns die vom bayerischen Wirtschaftsministerium veröffentlichten Zahlen anschauen, dann sehen wir, dass wir im Jahr 2010 gegenüber dem Jahr 2007 einen Anstieg des CO₂-Ausstoßes pro Kopf von 6 Tonnen auf 6,4 Tonnen hatten. Die bundesweiten Zahlen seit dem Jahr 1990 zeigen einen Rückgang von ungefähr 24 %, in Bayern liegt der Rückgang gerade einmal bei 14 %.

Viele Kolleginnen und Kollegen wissen sicher noch: Im Jahr 2007 hat die damalige Staatsregierung eine relativ große Klimashow auf der Zugspitze abgezogen; jeder Minister ist mit seinem CO₂-spuckenden Auto zur Zugspitze gefahren. Stoiber hat damals den Klimarat und die Einsetzung einer Klimaarbeitsgruppe im Kabinett groß verkündet. Seit Jahren hört man von beiden so gut wie gar nichts mehr, weder vom Klimarat noch von der Klimaarbeitsgruppe.

Wenn man den Klimaschutz aber ernst nimmt, darf man sich nicht nur den Strombereich anschauen. Wir müssen uns genauso den Wärmebereich anschauen, den Verkehrsbereich, die Landwirtschaft, die Ernährung und eigentlich die gesamte Landesplanung. Der Strombereich wurde hier im Hohen Haus schon öfter ausführlich diskutiert. Da ist die Liste des Versagens schnell zusammengefasst: Das Pumpspeicherkataster, das für Ende 2012 versprochen war, liegt bis heute nicht vor. Minister Zeil macht selber Druck beim zuständigen Minister Huber, damit es schneller geht. Es tut sich aber nichts.

Die Gebietskulisse zur Windkraft beruht immer noch auf einem veralteten Windatlas. Der 3-D-Windatlas ist seit zwei Jahren versprochen, bis heute ist er nicht erschienen. Er wird vor der Wahl auch nicht mehr kommen. Baden-Württemberg hat ihn, damals unter Schwarz-Gelb, beschlossen; ein halbes Jahr später lag er vor. - Die Willkür bei den Ausgleichszahlungen bei der Windkraft hält weiterhin an. Man wollte immer nachbessern, bis heute hat sich aber nichts getan.

Die Gebietskulisse Wasserkraft wurde eingestellt. Politisch kommt man wohl nicht weiter. Der Zeitung konnte man einen weiteren Bereich entnehmen: Der Bayernplan ist durchaus ein wünschenswerter und guter Ansatz. Gute Ansätze hatte man vielleicht, aber auch der Bayernplan ist wieder in der Schublade verschwunden. Die Kraft-Wärme-Kopplung – leider ist Minister Zeil gerade nicht im Haus - geht man so gut wie gar nicht an. Stattdessen träumt und fantasiert der Minister noch immer von fünf neuen großen Gaskraftwerken, die aber keiner bauen möchte.

Von Ihnen wird immer als Gegenargument gebracht, wie weit Bayern bei den erneuerbaren Energien im Stromsektor sei. Sicher, der Anteil von 33 % ist ein toller Wert, aber man muss so ehrlich sein und anschauen, woher er kommt: von der historisch bedingten Wasserkraftnutzung, vom massiven Ausbau der Photovoltaik im privaten Bereich und von der bäuerlichen Biogasnutzung. Das alles sind Bereiche, die dank dem EEG möglich geworden sind. Das ist das Verdienst der Bürgerinnen und Bürger in diesem schönen Land und definitiv nicht der Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

Das Einzige, womit Schwarz-Gelb in der EEG-Debatte in den Medien immer wieder auftaucht, ist eine Verunsicherung nach der anderen, was die Verlässlichkeit des EEG und die Planungssicherheit von Investoren angeht. Mit einer echten Reform lässt Schwarz-Gelb bis heute auf sich warten.

Ein trauriger Tiefpunkt in der Klimaschutzdebatte und der Klimaschutzpolitik war auch das Abstimmungsverhalten der CSU-Kollegen und eines FDP-Kollegen im Europäischen Parlament Ende April. Das ist leider nicht so stark durch die Medien gegangen. Die EU-Kommission hatte vorgeschlagen, die Anzahl der CO₂-Zertifikate zu reduzieren. Die CSU-Kollegen haben dort dagegengestimmt. Ich habe von der Staatsregierung, von Minister Huber, einmal etwas anderes gehört. Die eigenen Leute in Brüssel machen wie so oft - wir haben genug Beispiele dafür, etwa das Wasser - genau das Gegenteil von dem, was hier in den Medien verbreitet wird.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der CSU: Das stimmt doch gar nicht!)

Das hatte zur Folge, dass der Preis der CO₂-Zertifikate jetzt unter drei Euro gefallen ist. Ich sage zur Erinnerung: Man hatte sich einmal 30 Euro pro Zertifikat vorgestellt. So kann das Instrument nicht mehr funktionieren.

Jetzt könnte man natürlich entgegenen, Sie kümmern sich um den Strombereich. Sie gehen aber den Wärmebereich überhaupt nicht an, obwohl dieser für einen deutlichen Anteil am CO₂-Ausstoß, nämlich 30 %, verantwortlich ist. Ausgerechnet im Wärmebereich sind die Länderkompetenzen relativ groß. In genau diesem Bereich tun Sie eigentlich gar nichts.

Schauen wir einmal nach Baden-Württemberg. Man könnte sagen: Das EEG ist noch unter Schwarz-Gelb eingeführt worden. Unter der grün-roten Regierung wird das Gesetz jetzt optimiert. Das Erneuerbare-Wärme-Gesetz ist ein Instrument, mit dem wir endlich den gewaltigen Nachholbedarf bei der energetischen Sanierung der Gebäude angehen können, um dort deutliche Fortschritte zu machen. Aber in Bayern wird dieser Nachholbedarf nicht angegangen. Im eigenen Energiekonzept schreiben Sie, dass die energetische Sanierung im Wärmebereich nur sehr überschaubare Erfolge hat. Das heißt: Sie gestehen im eigenen Energiekonzept Ihr Versagen in diesem Bereich durchaus ein.

Ein weiterer Bereich, wieder einmal typisch Klimaschau statt Klimaschutz: Sie haben zwar für neue Verwaltungsgebäude den Passivhausstandard beschlossen. Aber meistens kann man die Einweihung eines neuen Gebäudes besser verkaufen, als eine sinnvolle, gut gemachte energetische Sanierung. Eine gute Sanierung wäre aber besser als einen weiteren überflüssigen Neubau einzuweihen.

Mobilität spielt, wie ich vorhin angesprochen habe, überhaupt keine Rolle in Ihrer Politik. Gerade hier er-

zeugt Bayern einen gewaltigen Anteil, faktisch ein Drittel seines CO₂-Ausstoßes. Diesen Bereich müssen wir angehen, aber dabei wird komplett versagt. Allein ein Tempolimit, auf Bundesebene diskutiert, wäre dafür schon ein Thema. Aber eines muss jedem klar sein: Ohne Verkehrswende wird es in diesem Land keine Energiewende geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen also konkrete CO₂-Einsparungen und Minderungsziele im Verkehrsbereich. Das heißt aber auch mehr Verkehr auf die Schiene, mehr Geld für die Bestellung von Nahverkehrszügen und vor allem - da weigert sich Bayern immer noch, tätig zu werden - etwas mehr Geld für die Schieneninfrastruktur, die nicht von bundeseigenen Bahnen betrieben wird.

Ein weiterer Bereich ist die Streckenreaktivierung. Dafür gibt es zwar zwei Beispiele, aber im Großen und Ganzen kommt sie in Bayern nicht voran. Es gibt viele aktive Bürgerinnen und Bürger im Land, die an Konzepten arbeiten, die regionale Bahnen wieder auf die Schienen heben und voranbringen möchten, aber Unterstützung finden sie nicht.

Ein weiterer Bereich ist die LEP-Debatte, die gestern geführt wurde und heute im Ausschuss noch kurz geführt wurde. Sie haben keinerlei Ansätze, wie wir die Verkehrsvermeidung angehen können. Da geht es um die direkte Daseinsvorsorge, die Ansiedlung der Lebensmittelmärkte wieder im Ortskern, damit man nicht auf das Auto angewiesen ist, um zu den Produkten des täglichen Bedarfs zu kommen.

Ein weiterer Bereich ist der Flugverkehr. Sie weigern sich bis heute, ein Konzept für eine Kooperation der Flughäfen München und Nürnberg auf den Weg zu bringen, damit wir die Nahflüge deutlich reduzieren können. Außerdem halten Sie weiterhin am Bau der dritten Startbahn fest. Das zeigt, dass in der Verkehrspolitik definitiv kein Umdenken bei Ihnen zu erkennen ist.

Wieder ein Blick nach Baden-Württemberg – solche Vergleiche werden ja öfter gemacht: Baden-Württemberg hat ein Förderprogramm zur Elektrifizierung von Bahnstrecken. Das lässt im Freistaat Bayern auch noch auf sich warten. Wir alle wissen, wie lange die Bahnstrecke nach Lindau hier diskutiert wird. Die Schweiz muss praktisch ein Darlehen geben, damit der Freistaat in die Gänge kommt. Da passiert auch gar nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Schluss möchte ich auf zwei Punkte eingehen, die bei der Debatte über den Klimaschutz meistens

unter den Tisch fallen. Das ist zum einen das klassische Thema Flächenverbrauch in diesem Land. Zurzeit werden täglich 18 Hektar Fläche versiegelt. Wir haben einen gewaltigen Grünlandumbruch, der alles andere als eine Glanzleistung für den Klimaschutz ist.

Zum anderen wird bei der Moorrenaturierung, wo man relativ einfach etwas machen könnte, so gut wie gar nichts getan. Da hat man sich 50 Moore bis 2020 zum Ziel gesetzt. Man weiß, dass 95 % der Moorflächen in Bayern trockengelegt wurden, die einmal einen Anteil von 3 bis 4 % an der Landesfläche hatten. Wenn ich allein in meinen Heimatlandkreis Landsberg schaue, stelle ich fest, dass wir in der Kartierung 32 Moore ausgewiesen haben. Wenn die Landesregierung sich zum Ziel setzt, bis 2020 50 Moore zu renaturieren, heißt das sechs bis sieben im Jahr. Das ist wirklich alles andere als eine Glanzleistung. Das kann man vielleicht nebenher mitmachen. Da braucht es mehr Anstrengung. Wenn man die Renaturierung der Moore gezielt vorantreibt, könnte man wahrscheinlich ungefähr fünf Millionen Tonnen CO₂ jährlich einsparen, die die Moore sozusagen binden. Das wären faktisch 6 % der bayerischen CO₂-Emissionen. Da könnte man also etwas tun, sicher nicht von heute auf morgen, das ist uns auch klar, aber 50 Moore bis zum Jahr 2020, also sechs bis sieben im Jahr, wenn allein der Landkreis Landsberg 32 vorweisen kann, das ist definitiv zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Förderung der Schneekanonen in Bayern zeigt, dass man die Ernsthaftigkeit des Themas Klimaschutz nicht erkennt. In ein Förderprogramm für Schneekanonen wurden zehn Millionen Euro hineingebuttert, sowie, als das noch nicht reichte, weitere acht Millionen aus anderen Förderprogrammen. Das ist die Unterstützung eines Tourismuskonzepts, das angesichts des Klimawandels und der Erderhitzung auf diesen Höhen keine Zukunft mehr hat. Wir setzen hier Energie- und Steuermittel ein, um gegen die Auswirkungen des Klimawandels anzukämpfen, aber wir gehen die Ursachen nicht an. Das ist die entscheidende Fehlentwicklung in dieser Politik.

Das Gleiche haben wir auch beim Thema Kosten des Hochwasserschutzes. Dafür müssen wir Geld ausgeben, das ist richtig. Aber wenn man ins Verhältnis setzt, was wir jetzt ausgeben und was wir ausgeben müssten, um die Auswirkungen zu bekämpfen, erkennt man: Wir sollten diese Mittel eher dafür einsetzen, um die Ursachen des Klimawandels ernsthaft anzugehen. Da muss es eine Änderung geben, damit wir in Bayern wirklich eine Klimaschutzpolitik haben und keine Klimaschau, wie sie gerade betrieben wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Auch für die beiden nächsten Redner haben ihre Fraktionen jeweils zehn Minuten Redezeit beantragt, zunächst für den Kollegen Blume.

Markus Blume (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich der Opposition zunächst danken, dass sie dieses Thema wieder einmal auf die Tagesordnung gesetzt hat; denn es ist eines, das für uns alle eine extrem große Zukunftsbedeutung hat, aber gerne einmal durch den Rost fällt.

Aber, lieber Kollege Hartmann, das, was Sie zu diesem Thema abgelassen haben, hatte ein schier unglaubliches Ausmaß an geistiger Dünnbrettbohrerei.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP) - Widerspruch der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD))

Ihr krampfhaftes Bemühen, zu diesem Thema heute irgendetwas beizutragen, war wirklich augenfällig.

(Volkmar Halbleib (SPD): Und was tragen Sie jetzt dazu bei?)

Ich hatte gehofft, Sie würden etwas Zielgerichtetes zum Thema Klimaschutz sagen. Das ist extrem wichtig, darin sind wir uns alle einig. Aber Sie bringen ein Potpourri aus dem, was Ihnen gerade einfällt, von Bahnstrecke bis Schneekanone. Da muss ich einer großen deutschen Tageszeitung folgen, die diese Aktuelle Stunde mit den Worten kommentierte: "Auf die Idee muss man erst mal kommen." Dass Ihnen dazu auch nicht sehr viel eingefallen ist, haben Sie gerade gezeigt.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Die Ankündigung der Aktuellen Stunde ist auch wieder nur großes Getöse. Sie haben der Presse mitgeteilt, die bayerische Energiepolitik sei ein Desaster, und die energiebedingten Pro-Kopf-Emissionen seien seit 2007 unglaublicherweise von 6 auf 6,4 Tonnen jährlich gestiegen. - Wenn Sie die Zahlenreihe genau dargelegt hätten, Herr Kollege Hartmann, wäre ich Ihnen dankbar gewesen. Sie wissen genau, dass diese Zahlen auch von der Situation der Wirtschaft abhängen. In einem schwachen Jahr sinken sie, in einem starken Jahr steigen sie. Sie wissen sehr gut, dass der letzte gesicherte Wert um die 6 Tonnen liegt. Jetzt zu sagen, es gäbe einen Trend in die andere Richtung, das ist einfach falsch.

Ich möchte dennoch zu Beginn festhalten, dass das Thema Klimaschutz größte Bedeutung hat. Sie haben erstaunlicherweise gar nichts zu Ihren Zielen gesagt. Ich unterstelle einmal, wir sind uns einig, dass wir das globale Zwei-Grad-Ziel auf jeden Fall im Auge behalten,

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Was soll denn das heißen "im Auge behalten"?)

dass wir, was Bayern betrifft, bis 2020 auf jeden Fall unter 6 Tonnen kommen wollen und bis 2030 die 5 Tonnen ins Auge fassen. Das sollte mit oder ohne Energiewende nicht verhandelbar sein.

Ich will an dieser Stelle auch sagen, lieber Kollege Hartmann: Die Energiewende hat es uns in diesem Fall paradoxerweise nicht einfacher gemacht. Denn die Schnelligkeit, mit der der Umstieg jetzt organisiert wird, führt natürlich dazu – das können Sie an den Statistiken ablesen, und das wollten wir immer vermeiden –, dass fossile Altkraftwerke wieder ans Netz gehen, weil sie im Moment gebraucht werden; denn der Zubau und die nötigen Ersatzkapazitäten lassen sich nicht so schnell organisieren.

Es war übrigens nie meine Auffassung, dass wir nur den Ausstieg aus der Kernenergie organisieren sollten. Meine Verantwortung geht eigentlich über diesen Zeitraum hinaus und beinhaltet den Ausstieg aus der nuklearen und fossilen Energieerzeugung. Auch dazu habe ich von Ihnen nicht viel gehört.

Insgesamt steht Bayern im internationalen Vergleich, auch wenn Sie davon reden, dass die Klimapolitik ein Desaster ist, hervorragend da. Der jährliche Pro-Kopf-Ausstoß liegt bei uns, wie schon gesagt, bei ungefähr 6 Tonnen

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Zu hoch!)

und damit um 20 % unter dem EU-Durchschnitt und ebenfalls sehr weit unter dem Bundesdurchschnitt. Zum Vergleich: Die USA liegen bei 19 Tonnen. Vielleicht bekommen Sie jetzt ein Gefühl dafür, worüber wir überhaupt reden.

Wenn wir über den Klimaschutz reden, geht es vor allem um den Weg dahin. Da haben Sie nach meiner Auffassung heute einen Irrweg präsentiert, Kollege Hartmann. Für uns ist Klimaschutz vor allen Dingen Energiepolitik. Darin sind wir uns wahrscheinlich alle einig, und deshalb muss ich Ihnen, Herr Hartmann, heute im Plenum vorwerfen, dass Sie die Energiekommission leider in dem Moment verlassen haben, als es spannend wurde. Sie versuchen immer, einfache Lösungen zu präsentieren. Sie sagen, wir brauch-

ten mehr Zubau; da gehe alles zu langsam. Und auch beim Klimaschutz generell sagen Sie, alles gehe zu langsam. Besonders werfe ich Ihnen vor, dass Sie sich nie der Mühe unterziehen, die verschiedenen Ziele, die wir gleichrangig verfolgen wollen, im Auge zu behalten. Sie versuchen stattdessen immer die Komplexität herauszunehmen und einfache Lösungen zu präsentieren. Diese Haltung wird am Ende nicht funktionieren; es gibt keine einfachen Lösungen.

Wir stehen für Klimaschutz; das ist völlig klar und daran wird auch nicht gerüttelt. Gleichzeitig aber stehen wir für Versorgungssicherheit in der Energieerzeugung und damit auch für Bezahlbarkeit und eine langfristige Wettbewerbsfähigkeit. Dies alles in Einklang zu bringen ist die politische Kunst. Das geht nicht mit dem, was Sie uns heute hier im Hohen Hause präsentiert haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir müssen unsere Energiepolitik an wirksamen Instrumenten ausrichten und dürfen nicht nur Ziele benennen. Wo liegen die CO₂-Vermeidungspotenziale? Darüber habe ich von Ihnen heute nur so ein bisschen Allerlei gehört, konkret sind Sie nicht geworden.

"Energieeinsparung" – der Umweltminister wird dazu noch etwas sagen – lautet eine der ganz großen Überschriften, die über der bayerischen Energiepolitik insbesondere im Umweltministerium stehen. Ich nenne nur die energetische Sanierung im staatlichen Bereich. Sie wissen selbst, wie viel Geld wir hier in den letzten Jahren in die Hand genommen haben: Aktuell sind 40 Millionen Euro für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude vorgesehen. Auf diesem Gebiet müssen alle einschließlich der Kommunen tätig sein. Und dann geht auch einiges voran.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die CO₂-arme Energieerzeugung. Wir müssen den Energiemix daran ausrichten, wie er volkswirtschaftlich sinnvoll ist, und wir müssen darauf achten, wo Vermeidungspotenziale liegen. Ich bin überrascht, Herr Hartmann, dass Sie die Staatsregierung dafür kritisieren, dass der Zubau der erneuerbaren Energien durch sie nicht so schnell vorangeht. Vielleicht müssen wir darüber noch einmal reden. Beabsichtigen Sie den Einstieg in die Planwirtschaft? Soll die Staatsregierung Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien bauen? Das ist selbstverständlich die Aufgabe privater Energieversorger. Wenn Sie anderes wollen, müssen wir uns grundsätzlich einmal darüber austauschen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ein Weiteres: Wir müssen die Energie intelligent nutzbar machen. Es ist eine Binsenweisheit, dass man, je

mehr fluktuierende erneuerbare Energie im Netz ist, desto mehr Regelung und mehr Intelligenz im Netz und desto mehr Speicher benötigt.

Da freue ich mich, von Ihnen zu hören, dass Sie plötzlich ein Fan von Pumpspeicherkraftwerken sind. Sie mahnen an, dass das Pumpspeicherkataster noch nicht vorliegt. Aber ich frage mich, Kollege Hartmann, warum Sie ein solches Pumpspeicherkataster wollen. Ich habe bisher noch keinen GRÜNEN getroffen, der vor Ort gesagt hätte, Pumpspeicher seien eine gute Idee. Ich muss Ihnen unterstellen, dass Sie dieses Pumpspeicherkataster haben wollen, um herauszufinden, wo Sie als Nächstes demonstrieren können. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn wir über den regulatorischen Rahmen reden, der letztendlich die Gebiete absteckt, in denen wir den Klimaschutz organisieren, ist festzustellen, dass das EEG Schwächen hat und deshalb novelliert gehört. Denn es organisiert eben nur den Zubau, ohne in den Blick zu nehmen, wo die größten volkswirtschaftlich effizienten CO₂-Vermeidungspotenziale liegen.

Wir sind uns – so hoffe ich – einig, dass wir auch den Handel mit CO₂-Zertifikaten novellieren müssen. Nach dem jetzigen System führt das, was wir heute in Bayern einsparen, europaweit zu keinerlei Einsparung, solange die CO₂-Zertifikate beispielsweise nicht verknappt werden. Das ist unter dem Strich ein absurdes Nullsummenspiel. Wir sind hier als Vorreiter unterwegs, während woanders zusätzlich CO₂ ausgestoßen wird. Das kann in Zukunft nicht der richtige Weg sein.

Ich will in aller Kürze – die Kollegen werde noch mehr dazu sagen – und mit aller Vehemenz der Auffassung entgegenreten, es gebe keine Klimaschutzpolitik der Staatsregierung. Das Gegenteil ist der Fall. Die Bayerische Staatsregierung hat bereits im Jahr 2000 als erste in Deutschland ein so umfassendes Klimaschutzkonzept aufgelegt. Im Jahr 2003 kam die Fortschreibung mit der Initiative "Klimafreundliches Bayern", und im Jahr 2009 kam das Klimaprogramm 2020. Bayern hat eine Spitzenposition im Klimaschutz, und die lassen wir uns von Ihnen nicht kaputt reden, lieber Kollege Hartmann.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Unser Klimaschutz in Bayern steht auf drei Säulen. Erstens ist das die Reduktion der Treibhausgasemissionen, und zweitens die Anpassung an die unvermeidlichen Folgen des Klimawandels. Denn selbst wenn wir Vorreiter sind, heißt das noch lange nicht,

dass sich die anderen daran halten. Wir müssen also mit den Folgen umgehen. Die dritte Säule ist die Unterstützung dieser Ziele durch Forschung und Entwicklung.

Beim Klimaschutz darf es keine Kompromisse geben. Die Maßnahmen in Bayern sind Vorbild für viele andere Länder. Wir sind gut unterwegs und werden an unserem Kurs festhalten. Wenn Sie einen konstruktiven Beitrag leisten wollen, Herr Kollege, kommen Sie am besten wieder in die Energiekommission des Bayerischen Landtags zurück. Dort hatten wir, seit dem Sie sie verlassen haben, sensationelle Diskussionen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Blume. Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Natascha Kohnen. Ihr folgt dann der Kollege Dr. Fahn. Bitte schön, Frau Kollegin Kohnen.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Blume ich habe Sie oft in den unterschiedlichsten Debatten erlebt. "Dünnbrettbohrer" passt nicht zu Ihrem Vokabular, und wie ich hoffe, auch nicht zu Ihrem Niveau. Deshalb wünschte ich mir ein wenig anderes.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Warum haben wir die Energiekommission verlassen? Die Energiekommission hat im ersten Halbjahr durchaus sehr, sehr gute Debatten geführt. - Frau Stewens nickt. Wir haben wirklich gut diskutiert. Die Opposition hat die Energiekommission zu dem Zeitpunkt verlassen, als es darum ging, haushalterische Entscheidungen zu treffen, die eigentlich in der Energiekommission einheitlich abgestimmt worden waren, denen von Ihnen dann später aber nicht zugestimmt wurde. Damit verlor die Energiekommission ihren Biss;

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihre Glaubwürdigkeit!)

damit verlor die Energiekommission für uns schlicht und einfach ihre Glaubwürdigkeit. Daraus sollte man jetzt nicht eine so billige Nummer machen.

(Beifall bei der SPD)

Warum wollen wir ein Pumpspeicherkataster? Das will die SPD schon ganz lange. Der Grund ist, dass man Datengrundlagen für eine Energiewende braucht. Es ist beklagenswert, wenn diese Datengrundlage nicht existiert und auch nicht in dem Zeitrahmen erstellt wird, wie wir uns das alle wünschen und auch brauchen. Es geht nicht darum, wer wo demonstriert oder nicht demonstriert. Entweder es wird etwas Vernünft-

iges gemacht oder aber nicht. Deswegen sollte man an diesem Punkt nicht polemisieren, lieber Herr Blume.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Ihnen kurz ein Gefühl für das Thema Klimawandel geben. Seit 1906 ist die Temperatur weltweit um 0,7 Grad Celsius angestiegen. Allein in den letzten 50 Jahren waren es 0,6 Grad. Man geht davon aus, dass die Temperatur in den nächsten 87 Jahren – das ist für uns durchaus eine große Zeitspanne, für die globale Welt aber nicht - noch um weitere sechs Grad ansteigen wird. Da sagt natürlich der eine oder andere, der in einer Weinanbaugegend lebt, sei es Franken oder wo auch immer: Es wird wärmer; das ist prima für den Weinanbau. Ein anderer sagt: Das ist doch nett, wir bekommen ein bisschen wärmere Sommer. Aber was heißt das in der Folge tatsächlich? Es gibt da durchaus besorgniserregende Indikatoren. Der Malaria-Erreger, der von der Anophelesmücke übertragen wird, kann in unseren Breiten bereits sehr gut leben. Es kommt somit zu ungebetenen Einwanderern, die wir ernst nehmen müssen. Wir dürfen den gesundheitspolitischen Aspekt hier nicht außer Acht lassen.

Und was heißt das nun ganz konkret für Bayern? Es kommt zu einer Verdoppelung der Zahl der Heißtage mit über 30 Grad Celsius. Die Zahl der Eis- und Frosttage wird abnehmen, die Zahl der Trockentage wird zunehmen - mit negativen Auswirkungen für die Wasserversorgung der Land- und Forstwirtschaft. Herr Minister Huber, diese Probleme werden auf uns zukommen. Wir müssen sie angehen.

Die Zunahme der Niederschlagsmenge um 5 bis 20 %, in Unterfranken schon bis zu 35 %, ist beachtlich. Ich war vor nicht allzu langer Zeit in Baiersdorf, wo am 21. Juli 2007 eine Riesenüberschwemmung aufgrund von Starkregenfällen enorme Schäden in einer Höhe von hundert Millionen Euro verursachte. In den bayerischen Alpen erwartet man eine Erwärmung, die sogar doppelt so hoch ist wie im restlichen Bayern. In den nächsten 20 bis 30 Jahren werden wir erleben, dass von den fünf existierenden bayerischen Gletschern nur noch einer übrig bleibt. Das wiederum hat Folgen auf die Trinkwasserspeicher.

Die ökonomischen Folgen sind von Herrn Blume etwas unkonkret angesprochen worden. Was heißt denn "Klimawandel"? Wir werden Wachstumseinbußen von bis zu 0,5 % pro Jahr in Deutschland haben. Die Gesamtkosten der Maßnahmen, die gegen den Klimawandel ergriffen werden, werden in die Milliarden gehen. Die durchschnittlichen Haushalte werden ebenfalls vom Klimawandel betroffen sein, indem sie

250 Euro mehr pro Jahr aufwenden müssen, um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Das "Klimaprogramm 2020" ist im Nachtragshaushalt 2013 ausgefallen. Im Hinblick auf die Namensgebung ist das absurd.

Herr Huber, es waren große Moorrenaturierungen geplant. Allein durch das etwas verspätete Verbot des Grünlandumbruchs wurde die Moorrenaturierung wieder obsolet gemacht. Beim Feinstaub tut sich Bayern schon schwer, allein die EU-Ziele zu erreichen. Das sind Fakten, das sind Tatsachen.

Selbstverständlich müssen wir in die Erforschung von alternativen Antrieben und der Elektromobilität investieren, damit wir die Hauptverursacher von Treibhausgasen bekämpfen können. Herr Blume, Sie haben die ganze Zeit von 6,4 Tonnen CO₂-Ausstoß pro Einwohner gesprochen. Woher stammt die Berechnung dieser 6 Tonnen? Die Berechnung, dass der CO₂-Ausstoß pro Kopf 6,4 Tonnen beträgt, basiert auf der Voraussetzung, dass wir mit der Atomkraft weiterarbeiten. Lieber Kollege, das 6-Tonnen-Ziel basiert auf der weiteren Nutzung der Atomkraft. Die Atomkraft werden wir jedoch aufgrund der Energiewende abschalten. Bitte berechnen Sie hinsichtlich der CO₂-Emissionen korrekte Werte. Das ist Punkt 1. Das ist so. Sie brauchen nicht Ihr Gesicht zu verziehen. Das steht leider überall, auch im Bericht der Enquete-Kommission im Bund. Dort steht es schwarz auf weiß.

Fakt Nummer 2: Die CO₂-Emissionziele, die Sie angeben, berechnen Sie auf der Grundlage der energiebedingten CO₂-Emissionen. Diese entstehen nur durch die Energieerzeugung. Dabei lassen Sie diejenigen CO₂-Emissionen, die durch die Forst- und Landwirtschaft, also nicht energiebedingt, entstehen, elegant unter den Tisch fallen. Sie rechnen mit einem CO₂-Wert, der nicht der Wahrheit entspricht. Ich sage Ihnen: Da brauchen wir Ehrlichkeit. Wir brauchen Berechnungsgrundlagen, die Sie, lieber Herr Huber, bis heute noch nicht liefern. Nur so viel: Wer Klimaschutzziele vorgibt, muss ehrlich sagen, dass er keine ehrlichen Grundlagenwerte hat.

(Beifall bei der SPD)

Das ist schon spannend. Die Enquete-Kommission des Bundes "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" hat am 8. April 2013 festgestellt, dass Bayern das einzige Bundesland ist, das seine CO₂-Emissionen aus Angst, im Bundesvergleich schlechter dazustehen, nicht nach dem Verursacherprinzip berechnet. Das steht dort so drin. Ich kann es Ihnen später hinüberreichen. Bitte lassen Sie uns beim Klimaschutz in Bayern hinsichtlich der CO₂-Emissionen und deren Ziel-

setzung mit Ehrlichkeit arbeiten. Das tun Sie nicht, weil Sie diese Daten nicht erheben – als einziges Bundesland deutschlandweit. Das ist ein Problem. Es wird darüber geredet, dass Bayern in Sachen Klimaschutz Nummer 1 ist. Mit welchen Daten denn, Herr Blume? Wenn Sie falsche Daten angeben, können Sie sich nicht mit anderen Bundesländern vergleichen. Wenn wir die nicht durch Energieerzeugung ausgestoßenen CO₂-Werte hinzunehmen und die Atomkraft herausrechnen, sieht es ganz anders aus. Wir brauchen ehrgeizigere Ziele als die, die Sie vorgeben.

Was braucht Bayern? Es braucht ein Klimaschutzgesetz. Ich darf Ihnen ankündigen, dass wir ein Klimaschutzgesetz erarbeitet haben, in dem ein ehrliches Monitoring steckt, was noch nicht existiert. Ich verweise auf den Vergleich unseres Kollegen Hartmann mit Baden-Württemberg. Dort gibt es eine wunderschöne Analyse der Daten über den Klimaschutz in ganz Baden-Württemberg. Die braucht Bayern auch.

Wir haben ein Klimaschutzgesetz erarbeitet, das die nicht aus der Energieerzeugung stammenden CO₂-Emissionen einberechnet. Wir brauchen ein Monitoring. Wir brauchen eine Konkretisierung des Klimaschutzkonzeptes. All das werden wir Ihnen in der nächsten Plenarsitzung vorlegen. Die Erste Lesung ist angekündigt. Dann werden wir noch einmal Tacheles darüber reden, wo die Ziele des Klimaschutzes in Bayern liegen und wie ehrlich die Daten sind, Herr Blume. Ich möchte Sie dann auf einem höheren Niveau reden hören.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner ist, wie angekündigt, Herr Kollege Dr. Fahn. Ihm wird Herr Thalhammer folgen.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde diese Aktuelle Stunde sehr gut. Klimaschutz ist ein sehr aktuelles Thema. Deswegen haben es die GRÜNEN wahrscheinlich auch ausgewählt. Vor einigen Tagen, am 9. Mai, stand in allen Medien, dass wir die höchste CO₂-Konzentration seit Millionen von Jahren haben. Mir wird immer wieder in Erinnerung gerufen, was wir getan haben bzw. was wir nicht getan haben. Im Jahre 2010 haben einmal 200 Länder das Zwei-Grad-Ziel beschlossen. Selbst wenn der aktuelle Anstieg der CO₂-Emissionen vornehmlich auf die wirtschaftlichen Entwicklungen in China oder anderen asiatischen Ländern zurückzuführen ist, muss Deutschland bzw. Bayern eine Vorbildfunktion übernehmen. Es ist wich-

tig, dass Bayern das auch tut. Zwar wollen wir nicht pauschal sagen, dass die Staatsregierung nichts für den Klimaschutz tut. Es existieren Unmengen von Broschüren. Außerdem gibt es zehn verschiedene Förderprogramme für alle möglichen Bereiche. Wir meinen aber, das reicht nicht aus.

Erster Punkt: Der ökologische Fußabdruck ist zu groß. Bayern lebt nach wie vor über seine Verhältnisse. Bayern verbraucht dreimal so viele Rohstoffe und Energie, wie es eigentlich verbrauchen dürfte. Was haben wir von den FREIEN WÄHLERN getan? Wir haben die Umsetzung des ökologischen Fußabdrucks in Bayern und eine ausgeglichene Klimabilanz der Bayerischen Staatsregierung bis 2013 gefordert. Die Koalition lehnt das ab, obwohl Hessen und Nordrhein-Westfalen dies einstimmig beschlossen haben und auch umsetzen wollen. Deshalb sagen wir: Das Ziel wurde verfehlt.

Zweitens: Die Klimaschutzziele der Bayerischen Staatsregierung reichen nicht aus. Das haben meine Vorredner bereits gesagt. Im Jahre 2007 sind pro Kopf 6 Tonnen CO₂, im Jahre 2008 6,4 Tonnen CO₂, 2009 6,2 Tonnen CO₂ und 2010 6,4 Tonnen CO₂ ausgestoßen worden. Wo ist da der Fortschritt? Meine Damen und Herren, das ist Stagnation. Das reicht nicht aus. Sie sagen, Sie wollten unter einen Ausstoß von 6 Tonnen kommen. Das ist aber immer noch zu wenig. Wenn Sie das Zwei-Grad-Ziel erreichen wollen, müssen Sie auf zwei Tonnen CO₂-Ausstoß pro Kopf kommen, Herr Minister Huber. Das muss das realistische Ziel sein. Sie sagen, langfristig strebten Sie einen Ausstoß von unter fünf Tonnen CO₂ pro Kopf an. Das reicht nicht aus. Schwankungen nach unten hängen oft mit Schwächeperioden der Konjunktur zusammen. Deswegen sagen wir auch hier: Das Ziel wurde verfehlt.

Drittens. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz wird nach wie vor immer wieder ausgebremst. Das geschieht zum Teil im Bund, aber auch hier seitens der FDP. Man merkt immer wieder, dass Herr Rösler versucht, dem EEG den Garaus zu machen. Das führt bei den Investoren zu großen Unsicherheiten. Das ist der falsche Weg. Deswegen sagen wir auch hier: Das Ziel wurde verfehlt.

Viertens: Die regionale Energiewende reicht nicht aus. Nach wie vor tendieren Staats- und Bundesregierung dazu, die großen Konzerne bei den Offshore-Windkraftwerken, beim Leitungsbau oder beim Bau von Gaskraftwerken zu subventionieren. Die Bürger fühlen sich mit Ihren Energiewende-Zielen einfach im Stich gelassen. An diesem Punkt sagen wir: Das Ziel wurde verfehlt.

Fünftens: Der Klimaschutz müsste Verfassungsrang haben. Beim Klimaschutz müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Ich erinnere daran, dass der Antrag der FREIEN WÄHLER, den Klimaschutz in die Bayerische Verfassung aufzunehmen und den erneuerbaren Energien Vorrang zu gewähren, abgelehnt worden ist. Die Begründung habe ich noch im Ohr: Nur wichtige Dinge gehören in die Verfassung. Das wurde damals gesagt. Das bedeutet, dass eine Verankerung des Klimaschutzes in der Verfassung keine wichtige Sache ist. In der Verfassung steht übrigens immer noch, dass der Staat für die Energieversorgung verantwortlich ist. Deswegen sagen wir auch hier: Das Ziel wurde verfehlt.

Die Energiekommission führt ein Schattendasein.

(Markus Blume (CSU): Sie sind ja gar nicht dabei!)

Ich möchte bestätigen, was die Redner der GRÜNEN und der SPD gesagt haben. Wenn es um haushaltsrelevante Anträge geht, sagen Sie einfach: Nein, da machen wir nicht mit. Darauf kommt es aber an,

(Volkmar Halbleib (SPD): Die wollen reden, aber nicht handeln. Das ist doch der Punkt!)

nämlich auf das Geld. Ich habe schon öfter gesagt: Ohne Moos nichts los.

Wir fordern die Einrichtung eines Energieministeriums. Dort könnten die Klimaschutzmaßnahmen besser koordiniert werden. Wir haben schon 2009 einen jährlichen Klimaschutzbericht gefordert. Wir müssen einfach wissen, wo wir stehen und wo wir hinkommen wollen. Das wurde von Ihnen aber auch abgelehnt. Als wir zum Beispiel fragten, in welchem Jahr eine 100-prozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien geplant ist, schrieb mir die Staatsregierung – das waren wahrscheinlich Sie, Herr Huber –: Ein derartiges Ziel existiert nicht.

Trotzdem – das soll der Abschluss sein – haben die Bürger bayernweit sehr stark an der Energiewende mitgewirkt, und sie haben daraus eine Erfolgsgeschichte gemacht. Das Bürgerengagement in Bayern für den Energie-Dreisprung ist bundesweit Spitze. In keinem Bundesland gibt es so viele Energiegenossenschaften wie in Bayern, nämlich 151. Schon 20 Landkreise haben das 100-Prozent-Ziel zum Strom aus erneuerbaren Energien beschlossen. Die FREIEN WÄHLER unterstützen das Bürgerengagement. Die FREIEN WÄHLER unterstützen die Energiewende von unten nach oben. Die Staatsregierung tut aber zu wenig. Sie wird ihrer Vorbildwirkung nicht gerecht. Sie muss mehr tun. Vielleicht können wir dann 2018

sagen: Klimaschutzziel erreicht. Heute ist das aber leider noch nicht der Fall.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächster Redner ist Herr Kollege Thalhammer. Ihm folgt dann Frau Brendel-Fischer. Bitte sehr, Herr Kollege Thalhammer.

Tobias Thalhammer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema der Aktuellen Stunde hat mich tatsächlich überrascht. Mir wären 37 ½ andere Themen eingefallen, die ich heute im Rahmen der Aktuellen Stunde in den Raum gestellt hätte.

(Zuruf von der SPD: Klimaschutz interessiert Sie auch nicht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, es wäre mutig gewesen, wenn Sie dieses Thema zum Anlass einer Aktuellen Stunde im Februar gemacht hätten, als man in diesem Land eine sehr lange Kälteperiode zu ertragen hatte. Aber nein – Sie bringen dieses Thema heute. Die heutige Aktuelle Stunde ist ganz einfach ein Inbegriff dafür, speziell wenn ich die Wortbeiträge der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER ansehe, wie konzeptlos und wie schwach die Opposition im Bayerischen Landtag ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Sie sprechen vom weltweiten Anstieg des CO₂. – Ja, den mag es durchaus geben. Ich sage Ihnen aber eines: Richten Sie Ihre Kritik an China, an Brasilien, an Indien. Bayern ist hier der völlig falsche Adressat. Bayern ist weltweit das Vorbild, was die Verminderung des CO₂-Ausstoßes angeht. Wenn Sie sich oder alle interessierten Bürger darüber informieren wollen, so sehen Sie einfach einmal auf www.klima.bayern.de nach. Dort sehen Sie, wie umfangreich dieses Thema Klimawandel ist, wie ernst Bayern dieses Thema nimmt und wie ernst die schwarz-gelbe Koalition das Thema nimmt.

Sie kritisieren immer wieder die Wirtschaft. Dabei trägt gerade die bayerische Wirtschaft weltweit dafür Sorge, dass es Innovationen gibt, die die Umwelt und das Klima weiter schützen. Besuchen Sie einfach einmal den Umwelt-Cluster und sehen Sie, welche Ambitionen es dort gibt und welche Erfolge beim Erreichen der Minimierung von CO₂ erreicht werden. Sehen Sie sich den bayerischen Umweltpreis an, der immer an Vorzeigebetriebe oder vorbildliche Kommunen vergeben wird. Das letzte Mal ging er zum Beispiel an die

Stadt Weilheim für ihre CO₂-Verminderungsstrategie. Schauen Sie sich beispielsweise die Hotellerie und die Gastronomie an. Ich weiß, dass Sie das gar nicht hören wollen – jetzt bin ich wieder Lobbyist. Man muss aber auch einmal Bemühungen, die ehrlich und lobenswert sind, ganz klar herausstellen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Es geht eigentlich um die Staatsregierung und die Regierungskoalition! Sie sind kein gutes Beispiel!)

Das Umweltsiegel im Gastgewerbe beweist, wie ernst man es mit dem Umweltschutz nimmt. - Ich fasse zusammen: Der bayerische Mittelstand ist weltweit Vorbild, wenn es darum geht, eine vernünftige Partnerschaft von Ökologie und Ökonomie herzustellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, schauen wir doch einmal Ihre Politik genauer an. Sie kritisieren die Elektromobilitätsstrategie der schwarz-gelben Regierung. Ich kann mich an einige schöne Bilder im Fernsehen erinnern: Vorne stand das E-Auto, die GRÜNEN-Politiker stiegen ein, und es war toll und ganz super, hinten sind sie aber mit ganz dicken Limousinen angekart worden. Ich muss sagen: Ich nehme Ihnen das gar nicht einmal übel; denn vor allem mit den bayerischen Autos, mit Audi und BMW, kann man sich auch sehen lassen, und diese Unternehmen sind auch weltweit Vorbild, wenn es darum geht, die Umweltstandards zu verbessern und den CO₂-Ausstoß zu minimieren.

Ihnen geht es darum, den Individualverkehr zu beschränken. Sie wollen alles gleich machen. Sie wollen alle in den öffentlichen Verkehr stecken. – Nein, auch der Individualverkehr hat seine Berechtigung. Solange es eine FDP gibt, werden wir immer die Freiheitsrechte des Einzelnen verteidigen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wieso? Geht es schon zu Ende?)

Sie können so laut Forderungen stellen, wie Sie wollen: Für uns sind der Individualverkehr und die freie Mobilität des Einzelnen ein hohes Gut. Für uns gehört hierzu auch, dass wir gegen die Einführung eines Tempolimits auf den deutschen Autobahnen sind, da wir eine Industrienation sind, da wir weltweit führender Automobilstandort sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Ich freue mich auf die Erste Lesung zum SPD-Klimaschutzgesetz. In der Wortmeldung der Generalsekretärin der SPD habe ich etwas vom ehrlichen Monitoring gehört. Wir werden ganz genau hinschauen, dass Ihr ehrliches Monitoring keine weitere Möglichkeit ist, in die Persönlichkeitsrechte der Bür-

gerinnen und Bürger einzugreifen und dass keine Schnüffelei im Privatbereich stattfindet.

(Volkmar Halbleib (SPD): Was ist das für eine absurde Formulierung?)

- Ich glaube Ihnen ja, dass Sie das aufregt. Man muss aber der Wahrheit ins Gesicht blicken.

Ich fasse zusammen: Sie von der Opposition, insbesondere die Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, wollen die Wirtschaft behindern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist doch nicht wahr! Sie wollen die Wahrheit nicht wissen! Das ist alles!)

Sie wollen den Tourismus behindern. Sie wollen die Freiheit des Einzelnen verhindern. Wir von Schwarz-Gelb werden es verhindern, dass dies Realität in unserem Freistaat Bayern wird.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Kollegin Brendel-Fischer ist schon unterwegs. Sie ist die Nächste. Ihr folgt dann Herr Kollege Dr. Hünnerkopf. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit Ihrem Thema für die heutige Aktuelle Stunde, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion der GRÜNEN, lehnen Sie sich ganz schön aus dem Fenster. Ich meine: Bayern kann sich sehen lassen. Betrachten wir doch einfach einmal den Umgang mit unseren bedeutenden Kohlenstoffspeichern, nämlich mit unseren Wäldern. Bayern besitzt innerhalb der Bundesrepublik die größte Waldfläche, und sie ist in den letzten Jahren weiter gewachsen. Wir haben 700.000 Waldbesitzer. Knapp 60 % der Forstfläche im Freistaat liegen in privater Hand. Dank intensiver Beratung durch unsere Forstverwaltung und die Waldbesitzerverbände und einer guten finanziellen Förderung des Freistaates ist es in den letzten Jahren sehr erfolgreich gelungen, das Bewusstsein für klimatolerante Baumarten und für den Waldumbau zu wecken. Unser Wald ist im Übrigen nicht übernutzt. 13 nachwachsenden Festmetern pro Jahr und Hektar stehen acht Erntefestmeter pro Jahr gegenüber. Ich möchte insbesondere auch auf unsere Bildungsangebote hinweisen, die sich vor allem an die steigende Zahl der sogenannten urbanen Waldbesitzer richten und die auch sehr gut nachgefragt werden.

Wir haben im Bund mit unseren sogenannten Klimarisikokarten Aufmerksamkeit erregt, die, abgestimmt auf die lokale Situation, Waldbesitzern und Beratern

Orientierung geben, was vor Ort gepflanzt werden kann und was klimatauglich sein wird. Zwischen 2008 und 2012 wurden auf über 29.000 Hektar standortangepasste Mischwälder im Privat- und Körperschaftswald neu geschaffen. Auch im Staatswald wurde eine ähnliche Größenordnung erreicht. Unsere Waldbesitzer haben natürlich ein ureigenes Interesse daran, dass ihre Wälder weiterhin gedeihen. Sie tragen aber durch die nachhaltige Nutzung zur Sicherheit der Waldbestände und damit zum Klimaschutz für uns alle bei.

Sehen lassen kann sich auch die bayerische Bergwaldoffensive, die mit 30 Projektgebieten und circa 1.000 Einzelmaßnahmen mittlerweile die ursprünglichen Zielsetzungen übertroffen hat. Im Fokus steht dabei auch die Einbindung aller am Waldgeschehen Beteiligten. Das macht die Sache effektiv.

Im Bereich Forschung und Entwicklung werden in erfreulichem Maße Projektthemen deutlich, die Standortinformationssysteme, Risikolagen für Schädlingsbefall, aber auch neue Verwendungsmöglichkeiten für Laubholzprodukte zum Inhalt haben, um nur einige zu nennen. Die genannten Maßnahmen wurden seit 2008 über die regulären Haushaltsmittel hinaus mit zusätzlichen Finanzmitteln in Höhe von 47 Millionen Euro inklusive des aktuellen Doppelhaushalts ermöglicht. Das kann sich sehen lassen.

Erwähnenswert ist auch die Renaturierung von Mooren. Uns ist bewusst, dass die Gesamtentwicklung natürlich weiter vorangetrieben werden muss. Staatsminister Helmut Brunner hat für sein Ressort bereits ein Programm angekündigt, das die Motivation der Waldbesitzer für klimataugliche Baumarten verstärken und die Forstförderung insgesamt attraktiver machen soll. Auf den Einsatz von Bioenergie möchte ich nur ganz kurz eingehen. Bioenergie kann natürlich dann einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz liefern, wenn man sie intelligent nutzt. Dies ist unser Ziel. Wir sind gegen eine Pauschalinvestitionsförderung nach dem Gießkannenprinzip, wir wollen vor allem innovative Maßnahmen fördern, die eine Effizienzsteigerung und einen ganzheitlichen Lösungsansatz darstellen. Das Kompetenzzentrum für nachwachsende Rohstoffe nimmt hier eine zentrale Stellung ein. Aber auch unsere Landesanstalten sind sehr engagiert dabei.

Im Übrigen haben wir in Bayern vier ganz tatkräftige Bioenergieregionen, die durch die Förderung des Bundes voranschreiten. Von einem Versagen Bayerns im Klimaschutz kann daher nicht die Rede sein. Ich weise darauf hin, dass wir bei der Nutzung von Biogasanlagen noch ganz am Anfang stehen. Es gibt weitere Möglichkeiten, kreativ zu sein, insbesondere zur Wärme- und die Kältegewinnung. Wir gehen also

weiterhin den Weg der Kooperation, und zwar ressortübergreifend. Dies halte ich für ganz wichtig.

Bayern sagt Ja zum Klimaschutz. Bei uns wird nicht nur darüber geredet, sondern wir handeln auch.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Als Nächster hat Herr Dr. Hünnerkopf das Wort. Danach folgt Herr Staatsminister Huber.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen, dass 45 % unseres Energiebedarfs für die Versorgung unserer Häuser mit Wärme und zur Warmwasserproduktion erforderlich sind. Wir haben in diesem Bereich das Know-how, durch Dämmung und andere Maßnahmen 80 % dieser Energie einzusparen. Das heißt, wir könnten rund ein Drittel unserer Gesamtenergie einsparen, wenn wir unsere Gebäude auf einen Stand bringen, bei dem möglichst wenig Energie verbraucht wird.

Liebe Kollegen von den GRÜNEN und der SPD, Sie blockieren seit zweieinhalb Jahren massiv, dass wir durch eine Regelung zur steuerlichen Abschreibung der entsprechenden Investitionen weiterkommen. Nicht jeder hat das Geld, 80.000, 100.000, 120.000 Euro für eine solche Sanierung zu erübrigen. Wir haben das Ziel, solches durch steuerliche Abschreibungen zu ermöglichen und zu erleichtern. Dies blockieren Sie im Bundesrat seit zweieinhalb Jahren. Die Gründe müssen Sie den Menschen einmal erklären. Wir haben eine Sanierungsrate von 1 %. Wir könnten 2 und 3 % haben. Sie sagen, Bayern komme im Klimaschutz nicht weiter. Sie aber sind der Bremsen, und zwar nicht nur für Bayern, sondern für Deutschland. Das muss in aller Deutlichkeit gesagt werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erklären Sie den Menschen bitte, warum Sie politisch so taktieren, warum Sie nicht grünes Licht geben.

Wenn Sie auf steuerliche Einbußen der Länder hinweisen, dann ist das eine vordergründige Erklärung. Bedenken Sie: Wenn Handwerker und andere Unternehmen hier aktiv werden können und neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, dann wird der Staat hierdurch auch neue Steuereinnahmen haben. Daher muss ich noch einmal in aller Deutlichkeit darauf hinweisen, dass die Bremsen und die Blockierer die GRÜNEN und die SPD sind.

Beim Ausbau der erneuerbaren Energien ist Bayern durchaus auf einem guten Weg. Sie kennen alle un-

sere Ziele. Die erneuerbaren Energien haben bei uns aktuell einen Anteil von 33 bis 34 %. Ich will Ihnen aus meinem Bereich deutlich machen, was für eine Dynamik bezüglich des Ausbaus erneuerbarer Energien vorhanden ist: In meinem Bereich braucht der Energieversorger in Spitzenzeiten 80 MW. Wir haben bereits eine installierte Versorgung mit erneuerbaren Energien von 160 MW; das ist das Doppelte. In petto haben wir noch 100 bis 120 MW an Windkraft. Das heißt, es besteht eine enorme Bereitschaft, zu investieren und den Ausbau sicherzustellen. Jeder kann sich an fünf Fingern abzählen, wie es sich auswirkt, wenn wir diese Möglichkeiten zulassen.

Ich möchte hier darauf entgegnen, dass vorhin gesagt worden ist, es werde zu wenig für die Windkraft getan. Unser zuständiges Ministerium für Umwelt und Gesundheit hat durch die Vorgaben, durch den Windatlas, durch die Gebietskulisse beste Rahmenbedingungen und Informationsmöglichkeiten auch für die kommunalen Entscheidungsträger gegeben. Es liegt auch an uns, immer wieder deutlich zu machen, dass es nicht einfach ist, hinzunehmen, dass sich die Landschaft verändert. Aber wir haben mit der Windkraft die Möglichkeit, zu den Lösungen beizutragen. Wir wissen, dass Windkraft mit am effektivsten ist. Sie kann natürlich auch dazu beitragen, dass wir das uns gesteckte Soll erreichen.

Eine abschließende Bemerkung zu der Mooreraturierung. Herr Kollege Hartmann, für Sie sind große Zahlen entscheidend. Man muss aber berücksichtigen, dass die infrage kommenden Flächen im Besitz von Eigentümern sind. Es gibt da also auch Menschen, die mitmachen müssen. Dafür brauchen wir Regelungen mit Anreizen. Wir müssen überzeugen, dass unser Weg probat ist und uns weiterbringt. Man muss die Menschen mitnehmen. Man darf nicht bloß große Forderungen stellen und große Zielsetzungen verkünden. Vielmehr brauchen wir Akzeptanz. Diese ist uns wichtig. Darum werden wir den moderaten Weg gehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Für die Staatsregierung hat jetzt Herr Staatsminister Dr. Huber das Wort.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst sage ich das Positive. Herzlichen Dank, dass Sie dieses Thema gewählt haben. Es ist eines der Themen, die in meinem politischen Handeln im Umweltministerium ganz vorn stehen und für uns alle von größter Bedeutung sind.

Allerdings bin ich darüber enttäuscht, was ich jetzt von Ihnen gehört habe. Sie haben zwar herausgestellt, was ich an Anregungen und Hilfen bekommen habe, damit wir die große globale Aufgabe auch hier in Bayern ordentlich voranbringen. Aber ich habe mich gewundert, worüber Sie sich hier heute so trefflich mokieren können. Sie haben dabei nicht den großen Zusammenhang bedacht, aus dem sich ergibt, was jetzt wirklich notwendig ist. Dazu gebe ich Ihnen gern eine Erklärung.

Wir werden nicht weiterkommen, wenn an der Datengrundlage herumgenölt wird, wenn darüber nachgedacht wird, ob es um 6 oder um 6,5 Tonnen CO₂ geht. Ich erkläre Ihnen einmal aus meiner Sicht, wo die Notwendigkeiten liegen, die wir jetzt gemeinsam anpacken müssen.

In Bayern beträgt der CO₂-Ausstoß 6 Tonnen pro Bürger und Jahr. In Relation zum Bundesdurchschnitt ist diese Zahl gut. Im Bundesdurchschnitt beträgt die Menge etwa 9 Tonnen. In den USA ist man bei 17 Tonnen. Die Zahl von 6 Tonnen ist als Ziel momentan noch nicht besonders erfreulich; wir wollen noch weiter nach unten. Dieses Ziel haben wir uns schon vor Jahren gesetzt. Bis zum Jahr 2020 wollen wir auf 5 Tonnen kommen. Das ist ein hohes Ziel.

Sagen Sie mir doch einmal, wie man noch mehr erreichen kann, wenn man gleichzeitig den Anteil an CO₂-freiem Kernkraftstrom von 56 %, wie wir ihn vor zwei Jahren noch hatten, kompensieren muss. Das heißt, unser Weg zu dem sehr ehrgeizigen Klimaziel von 5 Tonnen wird durch den Ausstieg aus der Kernkraft, den auch Sie wollten, zusätzlich erschwert. Wir müssen jetzt auch noch 4.000 MW Grundlaststrom aus Kernkraft in dieser Zeit durch regenerative Energien ersetzen.

Das heißt, wenn wir jetzt, infolge der Abschaltung von Kernkraftwerken plötzlich wieder einen massiven Anstieg haben und trotzdem durch viele Maßnahmen das ehrgeizige Ziel von 5 Tonnen anstreben, dann spricht daraus keine Kapitulation, sondern das wird ein echter Erfolg. Dieser Erfolg fällt uns nicht in den Schoß. Wir müssen mit großem Ehrgeiz daran arbeiten, die Probleme zu lösen, die jetzt anstehen. Der Klimawandel hängt eng mit der Energieversorgung zusammen. Wir sind mitten in einer Energiewende, die allerdings deutschlandweit nicht ganz so einfach ist. Ich sage Ihnen das aus persönlicher Erfahrung. Ich führe viele Gespräche auf Bundesebene, bei denen viele rot-grün regierte Länder ihren Beitrag leisten. Diese Gespräche sind nicht immer nützlich, wenn wir unsere Ziele erreichen wollen.

Die Energiewende ist in Bayern wesentlich ehrgeiziger konzipiert, weil wir 50 % unserer Stromversorgung – allerdings nur 20 % unserer Primärenergie, das gebe ich zu – bis 2022 aus regenerativen Energien decken wollen. Ganz lapidar wird immer wieder gesagt, Bayern habe schon 33 % erreicht, weil die Bürger so brav ihre Anlagen bauen. Wer soll sie sonst bauen? Der Staat macht es mit Sicherheit nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Über diese Zahl 33 wird bundesweit nicht die Nase gerümpft, sondern wir werden dafür bewundert. Viele andere Länder wären gerne auch so weit. Nur den Zubau von regenerativen Energiekapazitäten zu betrachten, ist zu kurz gesprungen. Ich zähle Ihnen ein paar Probleme auf, für die eine bundesweite Lösung dringend notwendig ist. Ein Problem ist der Netzausbau. Wir brauchen Übertragungsnetzleitungen, aber auch Versorgungsnetzleitungen. Ein weiteres Problem sind die Speicher. Tun Sie auf keinen Fall so, als könnten wir allein mit Pumpspeicherkraftwerken Stromüberkapazitäten in Deutschland speichern! Dazu haben wir die Geographie nicht. Deshalb brauchen wir chemische Speicher. In deren Entwicklung stecken wir zweistellige Millionenbeträge. Wir müssen uns um die Reservekraft kümmern. Gaskraftwerke bauen sich nicht von allein. Kein Investor ist bereit, unter den jetzigen Bedingungen in Gaskraftwerke zu investieren. Die entscheidende Aufgabe, die wir jetzt anpacken müssen, ist die Entwicklung eines Marktkonzepts, mit dem ohne die Überfrachtung des Strompreises ein Markt generiert werden kann, auf dem sich die Erzeugung von Reservekraft, also das Vorhalten von Kapazitäten, für den Investor lohnt. Dazu habe ich von Ihnen heute überhaupt nichts gehört, obwohl das das zentrale Thema ist.

Sie haben Baden-Württemberg immer wieder als Vorbild genannt. Während ich mit Ihnen auf diesem Niveau hier kommuniziere, kommuniziere ich mit dem Umweltminister in Baden-Württemberg auf fachlicher Ebene zum Beispiel über das Endlagersuchgesetz oder die EEG-Novelle hervorragend. Wir haben vor vierzehn Tagen ein gemeinsames Projekt für Demand Side Management der Öffentlichkeit vorgestellt. Ich war in Stuttgart, und dort haben wir dieses gemeinsame Projekt der Öffentlichkeit vorgestellt. Es bietet uns die Möglichkeit, allein in Bayern eine Gigawattstunde durch Lastverschiebung von der Industrie zu erzeugen, ohne dass dafür große Investitionskosten erforderlich werden.

Ein weiterer zu klärender Punkt ist die Koordination des Zubaus. Die Länder im Norden, die nicht CSU-regiert sind, spielen dabei oft eine unrühmliche Rolle, weil sie Länderinteressen vertreten. Wir brauchen

bundesweit eine ordnende Hand, die die Stromversorgung auf eine bundesweite Basis stellt, bei der keine Überkapazitäten entstehen und mit der wir das Ziel erreichen können, den Anteil der regenerativen Energien bis 2022 bundesweit auf 30 % und in Bayern auf 50 % zu bringen.

Meine Damen und Herren, das waren jetzt ein paar Bemerkungen zum Thema Strom. Wir sind uns absolut darin einig, dass 80 % der Primärenergie Wärme ist. Hier sind enorme Potenziale vorhanden. Wenn Sie heute ein Einfamilienhaus im Wert von 500.000 Euro energetisch sanieren lassen, sind Investitionen in Höhe von 100.000 Euro notwendig. Sie sparen sich dann 2.000 Euro Energiekosten pro Jahr. Sie können damit ganz leicht ausrechnen, dass der Return on Investment in 50 Jahren erreicht wird. Das macht einer nur dann mit Begeisterung, wenn es dafür Anreize gibt. Diese Anreize sind von Bayern im Bundesrat eingebracht, aber dort mit 15 zu 1 Stimmen abgelehnt worden. Wir waren im Vermittlungsausschuss. Rot-Grün hat sich über eineinhalb Jahre im Vermittlungsausschuss diesem Projekt verweigert, bis wir es am Schluss beerdigt haben. Es bleibt beim Investitionsstau. Die Menschen würden zu Hause zwar neue Fenster oder eine neue Heizung einbauen lassen, aber der Staat ist nicht bereit, ihnen dafür einen finanziellen Zuschuss zu geben. Also warten sie weiter. Deswegen kommen wir mit der energetischen Sanierung nicht weiter. Wenn wir es so gemacht hätten, wie es die CSU wollte, wären wir schon weiter.

Auf vielen Gebieten sind wir in Bayern gerade nicht untätig. Das gilt vor allem für die finanziellen Investitionen. Von 2009 bis 2011 sind 750 Millionen Euro, eine dreiviertel Milliarde, allein für den Klimaschutz und für Innovationen in der Energieversorgung ausgegeben worden. Im Haushalt 2013/2014 sind 260 Millionen Euro vorgesehen. Bis 2016 investiert der Freistaat Bayern eine weitere Milliarde Euro für diese Projekte.

Zu den Mooren, Herr Hartmann. Natürlich können wir noch ein paar Moore mehr renaturieren. Wir haben jedes Jahr 2,5 Millionen Euro dafür zur Verfügung, um weitere Moore zu renaturieren. Wir sind auf vielfältige Weise tätig.

(Christine Kamm (GRÜNE): Aber man muss es machen!)

Ich möchte wie folgt schließen: Sie haben heute nur eine dünne Aufzählung von Punkten, die Ihnen nicht gefallen, gebracht, ohne dass Sie einen Vorschlag gemacht haben, wie wir konzeptionell weiterkommen können. Ich würde mir wünschen, dass Sie Ihren Kolleginnen und Kollegen draußen auf dem Land helfen,

dass Energieanlagen, Pumpspeicherkraftwerke, Windanlagen und auch Wasserkraftwerke nicht bekämpft, sondern unterstützt werden. Ich würde mich freuen, wenn Sie Ihren Kolleginnen und Kollegen auf Länderebene dabei helfen, dass die großen Aufgaben, die sich bei der Energiewende stellen, so gelöst werden, dass wir vorankommen und die Maßnahmen nicht blockiert werden. Dann könnten wir unsere Aufgaben in Deutschland leichter erledigen.

Bayern trägt seinen Teil dazu bei. Bayern ist gut unterwegs. Wir werden die Energiewende in Bayern schaffen. Davon bin ich absolut überzeugt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Die Aktuelle Stunde ist damit beendet.

Der Tagesordnungspunkt 2, die geplante Regierungserklärung des Herrn Wirtschaftsministers, wurde im Einvernehmen mit allen Fraktionen auf die Plenarsitzung am 12. Juni verschoben.

Deshalb rufe ich jetzt die Tagesordnungspunkte 5 und 6 auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Änderung des Bayerischen Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes (Drs. 16/11421) - Zweite Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes (Drs. 16/15221) - Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) (Drsn. 16/15430 mit 16/15433)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar u. a. (SPD) (Drs. 16/15701)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Brigitte Meyer, Jörg Rohde und Fraktion (FDP),

Joachim Unterländer, Hermann Imhof, Gudrun Brendel-Fischer u. a. (CSU) (Drs. 16/16032)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Größtmögliche Transparenz herstellen! Das Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WBVG) in das Pflege- und Wohnqualitätsgesetz und den Prüfleitfaden der zuständigen Aufsichtsbehörden aufnehmen (Art. 5 PflWoqG) (Drs. 16/15434)

In die Beratung wird auch die Nummer 7 der Anlage zur Tagesordnung einbezogen. Ich eröffne die Aussprache zu allen Punkten. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von sieben Minuten vereinbart. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Schopper. Ihr folgt dann Herr Kollege Unterländer.

Theresa Schopper (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute den Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes. Die zuständigen Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitiker wissen, dass die Notwendigkeit dieser Gesetzesänderung aus einem Beschluss des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs resultiert. Der Verwaltungsgerichtshof hat im Streit zwischen privaten Pflegeheimbetreibern und den Städten Regensburg und München sowie dem Freistaat Bayern entschieden, dass die Prüfberichte der kommunalen Heimaufsicht nicht auf die Weise veröffentlicht werden dürfen, wie es bisher geschehen ist. Hier gab es eine Regelungslücke. Deshalb haben wir zügig einen Gesetzentwurf dazu erarbeitet, damit diese Prüfberichte weiter veröffentlicht werden können.

Aus der Debatte über Pflegeskandale und die Frage, wie man sich ein Heim für seine Angehörigen oder für sich selber aussuchen kann, wissen wir: Es bedarf hierzu größtmöglicher Transparenz; diese wollen wir herstellen. Daher haben wir unseren Gesetzentwurf eingebracht, und auch vonseiten der Staatsregierung wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, in dem genau diese Möglichkeit einer Veröffentlichung geschaffen werden sollte, auch wenn es einen Streit zwischen den privaten Pflegeheimbetreibern und den bayerischen Kommunen gegeben hat.

Wir begrüßen grundsätzlich, dass die Heimaufsichtsbehörden die Prüfberichte veröffentlichen; nur geht uns dieser Gesetzentwurf nicht weit genug. Deswegen haben wir eine Reihe von Änderungsanträgen eingebracht. Wenn das Pflege- und Wohnqualitätsgesetz